Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 51.

№ 247. Freitag, 21. Oktober 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 38 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Erfüllungs- und Gefälligkeitsort Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Erste Lesung des Reichsschulgesetzentwurfs erledigt.

Ueberweisung des Entwurfes an den Bildungsausschuß des Reichstages.

Deutscher Reichstag.

(Schluß.)

vdz. Berlin, 20. Oktober.

Der Reichstag beendete die erste Lesung des Reichsschulgesetzentwurfes. Der Entwurf wurde dem Bildungsausschuß überwiesen.

Abg. D. Dr. Schreiber (Ztr.)

bezeichnet als Kernproblem der Debatte die Frage: Wie schaffen wir in Deutschland eine das gesamte deutsche Volk umfassende Bildungseinheit, eine alle Bekenntnisse und Weltanschauungen umfassende kulturelle u. geistige Klammer? Die Schwierigkeit dieses Problems zeige sich, wenn man an die Frage des österreichischen Anschlusses denkt. Darum sei der von Frau Dr. Bäumer als einigendes Band gewürdigte deutsche Idealismus eine zu schmale Basis für den Aufbau einer deutschen kulturellen Einheit. Die Bildungseinheit kann niemals absolut, sie kann immer nur relativ sein. Darum kann es auch nicht das Ideal sein, Deutschland mit einem Netz von Gemeinschaftsschulen zu überziehen. Das wäre der aussichtslose Versuch, gewissermaßen mit polizeilichen Mitteln die Geistesbildung zu uniformieren. Solange es eine deutsche Kultur gab, trat auch ihre Mannigfaltigkeit in den einzelnen Landschaften zutage.

Wir Katholiken, so erklärte der Redner, weisen immer die Verdächtigung zurückgewiesen, daß es uns nur auf die Konfession und nicht auf das Volkstum ankäme. Wir wollen mit der Bekenntnisschule mehr als eine nur konfessionelle Erziehung. Der pädagogische Wert der Bekenntnisschule ist so gestiegen, daß sie besonders geeignet ist, die Menschenbildung zu vollziehen unter Wahrung der deutschen Eigenart und Mannigfaltigkeit, die sich doch schließlich in einer höheren Kultureinheit zusammenfindet. Den hohen Wert der Bekenntnisschule hat auch der preußische Kultusminister Dr. Becker in einer pädagogischen Schrift anerkannt. Die katholische Bekenntnisschule hat dem deutschen Volke viele Werte zu geben. In ihr wird jene Universalität gepflegt, die die Grundlage jeder Verständigungspolitik ist. In der Außenpolitik ist die Idee des nur Machtstaates verlassen worden. Damit verträgt es sich nicht, wenn in der Innenpolitik der Machtstaat bestehen bleibt, wenn eine brutale kulturpolitische Diktatur sich über das Elternrecht hinwegsetzt. Wir erwarten von dem Reichsschulgesetz eine Sicherung der Werte, die die Bekenntnisschule der deutschen Kultur zu geben hat. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schneller (Komm.)

bekämpft den Gesetzentwurf, der ein Vorstoß der Kulturreaktion sei. Die unheilvollen Folgen des bayerischen Konkordats hätten deutlich bewiesen, wohin die Konzessionen an die Herrschsucht der Kirche führen.

Reichsinnenminister v. Keudell

beantwortet hierauf die vom Abg. Dr. Fischer (Dem.) eingebrachte Interpellation. Die Kosten, so erklärt der Minister, hängen ab nicht nur von der Gestaltung der Vorlage selbst, sondern auch von den Ausführungsgesetzen der Länder. Es kommt darauf an, wie das Antragsverfahren der Erziehungsberechtigten geregelt wird und welche Auslegung der Begriff „geordnetes Schulwesen“ erhält. Die Reichsregierung wird natürlich die Frage grundsätzlich klären, wie weit das Reich sich an den Kosten beteiligt. Eine Berechnung oder auch nur eine Schätzung der Kosten ist im gegenwärtigen Augenblick noch nicht möglich; auch die preußische Regierung war dazu nicht in der Lage. (Unruhe bei den Kommunisten und Rufe: „Das ist Bankrottpolitik!“)

Abg. Kube (Nat.-Soz.)

meint, daß Zentrum führe den Kampf für seine kulturellen Ideale nicht ernsthaft, sonst würde es in Preußen die Regierungskoalition zerfallen lassen. Die Verwaltung des Schulwesens müsse in der Hand des Staates bleiben. Die übrigen Regierungsparteien sollten das Zentrum vor die Entscheidung stellen, entweder in Preußen die Koalition mit den Sozialdemokraten aufzugeben oder auch im Reiche auf die Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien zu verzichten.

Abg. Alpers (W. Vgg.)

verlangt volle Gleichberechtigung der Bekenntnis-, Gemeinschafts- und weltlichen Schule. Die Bekenntnisschule dürfe nicht benachteiligt werden gegenüber der Gemeinschaftsschule. Die bisher bestehenden Bekenntnisschulen müßten ohne Antrag als solche übernommen werden.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.)

erinnert an das Zustandekommen des Weimarer Schulkompromisses. Mit der Sozialdemokratie sei damals das Zentrum bald einig geworden, aber als die Demokraten hinzukamen, wurde der Brei verdorben. (Heiterkeit.) Die großen weltanschaulichen Unterschiede im deutschen Volke könnten nicht durch die Gemeinschaftsschule verwischt werden. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Runkel habe in der Weimarer Nationalversammlung zugegeben, daß die Bekenntnisschule eine bessere Erziehungsschule sei als die Gemeinschaftsschule. Das sei durchaus zutreffend. Darum sollte der Bekenntnisschule die volle Gleichberechtigung der Gemeinschaftsschule gegeben werden. Eine geistig-seelische Zwangswirtschaft lehne das Zentrum ab.

Abg. Mumberg (Dem.)

betont dem Vorredner gegenüber den Wert der Gemeinschaftsschule. Auch diese Schule sei eine ausgezeichnete Erziehungsanstalt. Von den Fachwissenschaften werde längst der konfessionelle Zwang abgelehnt. Der Redner wendet sich dann scharf gegen die Ausführungen des Abg. Schulz. Dieser deutschnationale Volksschullehrer habe seinen Berufsgenossen eine Stellung zugewiesen, wie etwa in der Zeit, wo der Landrat den Lehrer noch mit „Er“ anredete. Ein Schulgesetz, das gegen die Lehrerschaft gemacht wird, werde niemals Erfolg haben.

Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird dem Bildungsausschuß überwiesen.

Um 17½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 13 Uhr: Besoldungsordnung; Rentnerversorgung.

Der Bildungs-Ausschuß des Reichstags,

dem der Reichsschulgesetzentwurf überwiesen worden ist, setzt sich gegenwärtig folgendermaßen zusammen: Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören ihm an die Abgeordneten Frau Agnes, Crispien, Dietrich-Thüringen, Fleißner, Dr. Löwenstein, Frau Pfülf, Schreck und Seydewitz, von der deutschnationalen Fraktion Frau Dr. Behm, Hensel-Ostpreußen, Dr. Mumm, Frau Scheibel, Schulze-Frankfurt und Dr. Spahn, vom Zentrum die Abgg. Hofmann-Ludwigshafen, Rheinländer, Dr. Schreiber und Frau Weber, von der Deutschen Volkspartei Bickes, Frau Dr. Matz und Dr. Runkel, von der demokratischen Fraktion die Abgeordneten Dr. Heuß und Rönneburg, von den Kommunisten Pfeiffer und Rosenbaum, von der Wirtschaftlichen Vereinigung Dr. Jörrissen und Petzold und von der Bayerischen Volkspartei die Abg. Frau Lang-Brumann. Vorsitzender des Ausschusses ist Abg. Dr. Mumm (Dnat.), stellvertretender Vorsitzender Abg. Schreck (Soz.).

Der Kampf um die Besoldungsreform.

Von unserem Berliner-Vertreter.

gu. Während alles auf die Reichstagsdebatten über das Reichsschulgesetz blickt, ob von dorther dem Bestand der Regierungskoalition keine Gefahr droht, ist ein wirklich ernster Konflikt an einer ganz anderen Stelle entstanden, wo man ihn eigentlich nicht vermutet hat. Die Länder erklären sich außerstande, die Besoldungsreform durchzuführen und die parlamentarische Vertreterin der bayerischen Belange, die Bayerische Volkspartei, hat ihr schwerstes Geschütz aufgefahren und droht mit Sprengung der Regierungskoalition, wenn die bayerischen Wünsche nicht befriedigt werden. Das soll nun nicht etwa ein Schreckschuß sein, sondern ist völlig ernst gemeint. Gestern schon ist darüber zwischen dem Zentrumsführer von Guérard und dem Domkapitular Leicht stundenlang verhandelt worden, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen ist. Man kann auch zu keinem Resultat kommen, denn der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat kategorisch erklärt, er denke gar nicht daran, den Finanzausgleich irgendwie zu ändern und müsse es rundweg ablehnen, Bayern etwa auf anderem Wege die Mittel zur Verfügung zu stellen. Darob große Empörung bei der Bayerischen Volkspartei. Aber auch im Zentrum ist man nicht zufrieden. Wie es heißt, ist Dr. Köhler in der letzten Fraktionssitzung von den Arbeitervertretern unter der Führung von Stegerwald der Vorwurf gemacht worden, durch seine sehr zur Unzeit herausgebrachte Besoldungsreform die jetzige Wirtschaftskrise verschuldet zu haben. Weiter ist man befremdet darüber, daß der Reichsfinanzminister nicht zugleich mit dem Vorschlag, die Gehälter zu erhöhen, einen Plan vorgelegt hat, aus welchen Mitteln diese Erhöhung vorgenommen werden soll, und daß er die finanziellen Schwierigkeiten, in die die Länder notwendig geraten müßten, nicht vorausgesehen hat.

Auch bei anderen Parteien steht man jetzt auf dem Standpunkt, daß die Magdeburger Rede des Reichsfinanzministers insofern übereilt war, als sie die Regierung vorzeitig auf eine sehr beträchtliche Erhöhung der Gehälter festgelegt hat. Es ist noch nicht abzusehen, wie man sich aus diesem Dilemma herausfinden wird, und wie die Debatte der Besoldungsreform im Reichstag verlaufen wird. Für die Regierungsparteien ist es natürlich fast unmöglich, eine Aufbesserung der Beamtenbezüge abzulehnen, da sie damit den Sozialdemokraten eine glänzende Waffe in die Hand geben würden, die im Wahlkampf gefährlich werden könnte. Andererseits können sie es natürlich nicht verantworten, Ausgaben zu bewilligen, für die jede Deckung fehlt.

Hinzu kommt noch etwas anderes. Wenn wir recht unterrichtet sind, liegen aus dem Ausland Berichte vor, die erkennen lassen, daß man aus einer erheblichen Aufbesserung der Beamtengehälter Rückschlüsse auf unsere finanzielle Lage zieht, die zwar der Wirklichkeit keineswegs entsprechen, unseren Bestrebungen nach Milderung des Dawes-Planes aber doch verhängnisvoll werden könne. Unter diesen Umständen erscheint es als wahrscheinlich, daß der Reichstag zwar seine Zustimmung zur Besoldungsreform gibt, die von der Regierung in Anschlag gebrachten Sätze für die einzelnen Tarifgruppen aber doch teilweise herabsetzt.

Soweit wir unterrichtet sind, rechnet man in den Regierungskreisen auch durchaus mit dieser Möglichkeit und tut dies um so mehr, als dadurch auch die Verständigung mit Bayern erleichtert werden könnte. Man darf aber nicht verkennen, daß sich bei fast allen Parteien ein Widerstand gegen die Besoldungsreform überhaupt bemerkbar macht, der bereits in der Zentrumsfraktion so scharf zum Ausdruck gekommen ist, daß Dr. Köhler sich deshalb an den Reichskanzler gewandt hat. Es ist also durchaus möglich, daß die Aussprache über die Besoldungsreform im Reichstag diejenige Sensation bringt, die gewisse Leute von der Beratung des Reichsschulgesetzes vergeblich erwartet haben, denn alle Parteien werden sich den Grundsatz zu eigen machen, den der kürzlich verstorbene Staatssekretär und Oberbürgermeister Wermuth zum erstenmal im Reichstag mit den Worten ausgesprochen hat: „Keine Ausgabe ohne Deckung!“

Maltzan's Nachfolger.

gu. Berlin. Das Auswärtige Amt ist sich noch immer nicht schlüssig darüber geworden, wer als Nachfolger des verunglückten Freiherrn von Maltzan als deutscher Botschafter nach Washington gehen soll. Noch immer werden Luther, Cuno und Graf Bernstorff genannt, daneben aber auch der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und neuerdings Dr. von Stauß, der seit langen Jahren Direktionsmitglied der Deutschen Bank ist und bis vor kurzem auch in der Ufa eine hervorragende Rolle gespielt hat. Seine Nominierung zeigt ganz deutlich, daß man im Auswärtigen Amt der Ansicht ist, der Botschafter in Washington müsse vor allen Dingen Erfahrungen auf finanz-politischem Gebiete haben, ein Standpunkt, der wohl zu verstehen ist, wenn man in Erwägung zieht, daß bei etwaigen Verhandlungen über die Reparationszahlungen und neue Auslandsanleihen auch der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten eine hervorragende Rolle zu spielen hat, andererseits machen sich Bestrebungen geltend, die gerade Dr. Reinhold gern im Lande behalten wollen und die auch an Stelle des Herrn von Stauß lieber einen Diplomaten nach Washington senden würden. Eine endgültige Entscheidung ist jedenfalls nicht zu erwarten, bevor nicht der Staatssekretär von Schubert, der übrigens auch eine Zeitlang in Frage zu kommen schien, nach Berlin zurückgekehrt ist.

Der frühere bayrische Ministerpräsident Dr. von Knilling †.

X München. Der frühere Ministerpräsident Dr. von Knilling ist gestern vormittag 9 Uhr in der Klinik von Dr. Stadl an den Folgen einer Herzlähmung gestorben. Dr. von Knilling mußte sich einer Darmoperation unterziehen, die einen günstigen Verlauf genommen hatte.

Der Reichspräsident an Frau von Knilling.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident hat an die Witwe des gestern verstorbenen Ministerpräsidenten a. D. von Knilling ein herzliches Beileidstelegramm gesandt.

Beileidstelegramm des Reichskanzlers zum Tode des Ministerpräsidenten a. D. von Knilling.

X Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hat anläßlich des Todes des ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten von Knilling der Gattin des Verstorbenen telegraphisch sein und der Reichsregierung aufrichtigstes Beileid ausgesprochen.

Frauen-Forderungen an den Reichstag.

Zwei Millionen evangelische Frauen für das Reichsschulgesetz.

X Berlin. Die in der Vereinigung evangelischer Frauenverbände Deutschlands zusammengeschlossenen 2 Millionen evangelischer Frauen haben sich an den Reichstag mit einer Entschließung gewandt, in der sie den Regierungsentwurf eines Reichsschulgesetzes für eine geeignete Grundlage der Verhandlungen erklären und die Erwartung aussprechen, daß die Beratungen möglichst beschleunigt werden, damit die Verwirrung im Schulwesen endlich aufhöre.

General Heye in Boston.

X Boston. General Heye, der zu einem Besuche des Generals Preston Brown, des Kommandeurs des ersten Korpsbezirkes, gestern hier eintraf, wurde bei seiner Ankunft mit 17 Schuß Salut begrüßt. General Heye wird voraussichtlich Sonnabend als Gast des Generals Brown einem Fußballwettspiel zwischen der Yale-Universität und der Militär-Akademie von Westpoint in Newhaven beiwohnen.

SLUB Wir führen Wissen.